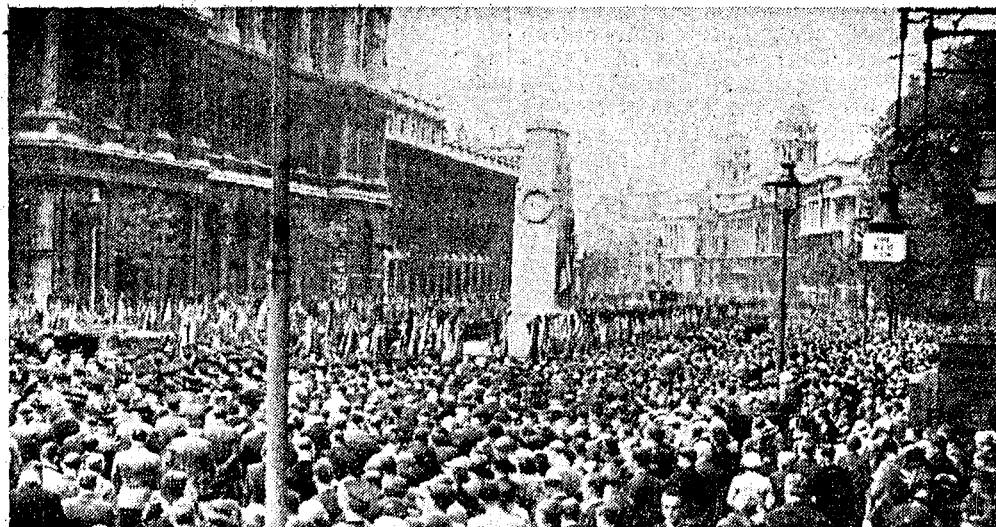


Seite 1

Die Welt

Nr. 155 * 3. Juni 1936 * Seite 3



107226

Treffen der Kriegsteilnehmer in London

Aufn.: Weltbild

Am Cenotaph, der Heldengedenkstätte im Herzen von London, fand eine Parade der britischen Legion statt. Kriegsteilnehmer aus allen Ländern, darunter auch aus Deutschland, die zu dem Treffen der Kriegsteilnehmer in der englischen Hauptstadt erschienen waren, hatten Abordnungen entsandt

Auf dem Wege zum amerikanischen Völkerbund

Übers-amerikanische Vorschläge zur Panamerikanischen Friedenskonferenz

Von Konrad Kutschera

„Pax americana“ ist der große Sehnsuchts-
traum, der seit mehr denn 100 Jahren die
Herzen der Bewohner des amerikanischen Konti-
nentes erfüllt. Er begann schon zu den Zeiten
beim Amerikaner, im weitesten Umfange des
Vorsinnes hier gebraucht, aufzudämmern, als
der Kampf um die Unabhängigkeit von Europa
einsetzte und die Neue Welt die Notwendigkeiten
erkannte, die so hart erkämpfte Freiheit nicht
durch Zwistigkeiten erneut in Gefahr zu bringen.
So bekannte sich bereits Simon Bolivar,
der Befreier Südamerikas von europäisch-spani-
scher Kolonialherrschaft, zu dem Grundsatz
einer scheidtsrichterlichen Regelung
innerkontinentaler amerikanischer
Streitfragen, und auf seine Veranlassung
trat bereits 1826 der erste gesamtamerikanische
Kongreß zusammen, der den Vorläufer bildete
für die heute bestehende „Panamerika-
nische Union“, die jetzt wieder von Roose-
velt ausgerufen wurde, um zu einem außer-
ordentlichen Friedenskongreß zusammenzutreten
und dort über die Bildung eines amerikani-
schen Völkerbundes zu beraten.

Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß aus dieser
kommenden panamerikanischen Friedenskonfe-
renz ein mehr oder weniger straff gegliederter
Bund der amerikanischen Republiken hervor-
geht, der überhaupt den Typus einer neuen
politischen Organisation darstellt, eine Völker-
vereinigung von durchaus differierenden natio-
nalen Interessen zusammenfaßt zu einer



großen kontinentalen Gesamthaltung gegenüber
all den Kräften, die außerhalb dieses Konti-
nentes stehen.

Am 30. Januar d. J. hat der nordamerika-
nische Präsident die Einladung zur Panamerika-
nischen Friedenskonferenz an alle Regierungs-
chefs der 21 Republiken Amerikas ergehen lassen,
und diese Einladung wurde von allen Seiten
angenommen. Die jetzt in der Zwischenzeit der

zur Vorbereitung der Tagung in Washington arbeitenden Dreierkommission, die sich aus den bei der Union akkreditierten diplomatischen Vertretern Argentiniens, Mexikos und Guatemalas zusammensetzt, eingereichten Vorschläge aus der iberamerikanischen Staatenwelt lassen erkennen, wie stark die Stimmung für einen „amerikanischen Völkerbund“ und für ein „System des internationalen Rechtes zur Friedenssicherung“ ist. Der Augenblick zur Einladung war psychologisch außerordentlich günstig gewählt, denn die Enttäuschung der süd- und mittelamerikanischen Staaten über den Völkerbund in Genf ist ganz allgemein. Man rechnet in eingeweihten politischen Kreisen Südamerikas damit, daß schon in nächster Zeit eine Reihe der südamerikanischen Republiken dem Beispiele Guatemalas folgen und Genf verlassen werden. Eine ganze Anzahl führender politischer Zeitungen der iberamerikanischen Welt machen dafür Propaganda, und erst kürzlich schrieb das katholische Organ in Chile, „El diario ilustrado“, „der Völkerbund werde nur von Juden und Freimaurern beherrscht, und man müsse unbedingt verhindern, daß sie auch in der neuen amerikanischen Völkerorganisation die Herrschaft an sich reißen“.

Der Chalkotkrieg ist nun endgültig zu Ende gegangen, aber er hat in den Ländern Lateinamerikas verstärkt den Wunsch lebendig werden lassen, sich an einer Abmachung zu beteiligen, die den Ausbruch von Feindseligkeiten auf amerikanischem Boden weniger wahrscheinlich machen würde.

Und noch eins kommt hinzu. Das Verhältnis der süd- und mittelamerikanischen Republiken zu dem großen Nachbarstaat im Norden, den USA, drängt nach einer neuen Lösung. Angesichts des immer mehr bei den iberamerikanischen Völkern hervortretenden Hangs zur Selbständigkeit leistete Roosevelt Verzicht auf die vielfach angefeindete Dollarpolitik mit ihren egoistischen Interventionen und proklamierte auf dem letzten panamerikanischen Kongreß zu Montevideo die Doktrin der „friedlichen Nachbarschaft“. Aber dies sei immer wieder betont: Für die Änderung des politischen Kurses war für das State Department in Washington nicht etwa ein politischer Altruismus oder sogar eine Sorge gegenüber den zusammengehaften Machtmitteln Iberoamerikas maßgebend — die militärische Überlegenheit der USA ist wohl auch noch heute ganz unbestritten —, ausschlaggebend waren nur wirtschaftspolitische Motive.

Die Ära der bewaffneten Interventionspolitik ist zu Ende gegangen und eine Epoche neuer zwischenstaatlicher amerikanischer Beziehungen ist entstanden. Die Grundlage der bisherigen Dollarpolitik bildete die Monroe-doktrin, die am 2. Dezember 1823 von dem damaligen Präsidenten in den Vereinigten Staaten James Monroe erlassen wurde und ursprünglich nichts weiter darstellte, als eine Solidaritätserklärung der Staaten des amerikanischen Kontinentes gegen außeramerikanische Eroberungsgelüste in der „Neuen Welt“. Aber im Laufe der Jahrzehnte wurde diese Erklärung undefiniert zu einem Machtinstrument Washingtons, das immer mehr und mehr gegen Iberoamerika angewandt wurde.

Dem Schlagwort der „Politik des großen Stodes“ steht heute das Bekenntnis Washingtons zur „friedlichen Nachbarschaft“ gegenüber. Die neue Ära begann mit der Beseitigung des sogenannten Platt Amendements in der kubanischen Verfassung, des Rechtes der Union, Truppen auf der „Perle der Antillen“ landen zu können im Falle von revolutionären Entwicklungen, wie sie sich z. B. anlässlich der Erhebung des kubanischen Volkes gegen den gewaltherrschenden Machado ergaben. Kuba erhielt seine volle Souveränität zurück. Auf Kuba folgten die Philippinen, etwas später Haiti, und nun soll das letzte Beutestück aus dem spanisch-amerikanischen Kriege Porto Rico seine volle Freiheit erhalten. Es ist die kleine fruchtbare, tropische zu den Antillen gehörende Republik, die 1898 von den Spaniern

50000 in Lunteren

Landtag der ho

In Lunteren bei Arnhem im Heidegebiet
Musserts ihren bereits seit langem angestrebten
mel ab.

Nach dem jüngsten Schritt des holländischen Episkopats gegen Mussert wurde dieser Veranstaltung hier mit großem Interesse entgegen gesehen. Es muß eingangs festgestellt werden, daß sich der Landtag zu einer mächtigen und eindrucksvollen Rundgebung des nationalen Erwachens Hollands gestaltete. Aus allen Teilen des Landes zogen die Anhänger Musserts einzeln und in Gruppen — einige dieser Gruppen waren überdies von in Deutschland lebenden Holländern gebildet — nach Lunteren, wo sich schließlich die für das kleine Land und die Entlegenheit des Versammlungsortes ganz ungewöhnlich große Zahl von rund 50 000 Menschen zusammengefunden hatte.

Von braulenden Goujee-Rufen begrüßt, erschienen zur Mittagsstunde Mussert, worauf zuerst van Geelkerken, Musserts Stellvertreter, das Wort ergriff, und über das nationale Erwachen der Niederlande aus dem Traum

Idealkonfurrenz i Versprechungen

Die Kommunisten ...

dnb Paris, 2. Juni.
Die kommunistische Kammerfraktion war nach der gestrigen Kammer Sitzung zusammengetreten und hat anschließend eine Mitteilung ausgegeben, in der sie den baldigen Zusammentritt der sogenannten Abordnung der Linken, d. h. der Vertreter aller Volksfrontparteien fordert. Zweck dieses Zusammentritts soll die Entgegennahme einer Reihe von Vorschlägen sein, die die kommunistische Partei im Rahmen des Programms der Volksfront ausgearbeitet hat.

Hierbei handelt es sich um ein Programm für die Durchführung von Notstandsarbeiten, die Wiedergutmachung der Schäden, die durch die Notstandsgesetze der Regierung Laval entstanden seien, eine allgemeine Amnestie, den Kollektivvertrag für die Arbeiter und die Einführung der 40-Stunden-Woche. Die kommunistische Fraktion beabsichtigt außerdem der Abordnung der Linken einen Vorschlag auf Schaffung eines sogenannten moralischen Ausschusses zu unterbreiten, ferner Maßnahmen für den Schutz von Minderjährigen sowie die Eröffnung eines Kredits in Höhe von einer Milliarde für Sportzwecke. Sie fordert ferner die Vorbereitung der Wahlen für die Vorstände der Kammer, damit nur ein Mitglied der Volksfrontparteien zum Kammervorsitzenden gewählt werde.

Die Fraktion schlägt außerdem den kommunistischen Abgeordneten Duclos für den Sitz eines Vizepräsidenten vor. Sie fordert eine übereinstimmende Haltung der Volksfrontfraktionen in der Frage der Ungültigkeitserklärungen der Wahlen des ehemaligen Pariser Polizeipräsidenten und jetzigen Pariser Oberbürgermeister Chiappe, des bisherigen Kammerpräsidenten Bouisson und des ehemaligen kommunistischen Abgeordneten Doriot.

... und die Sozialdemokraten

Die Schlußsitzung des Sozialistischen Parteitages am Pfingstmontag schloß mit der einstimmigen Verabschiedung einer Entschließung, in der als politisches Ziel bezeichnet wird: Zerschlagung des Faschismus, Verteidigung der öffentlichen Freiheiten, Kampf gegen die Herrschaft der Banken und der Industriellen, Behebung der Arbeitslosigkeit, Wiederbelebung der Wirtschaft, Wiederherstellung der republikanischen Verfassung.

wicklungen, wie sie sich z. B. anlässlich der Erhebung des kubanischen Volkes gegen den gewaltherrschenden Machado ergaben. Ruba erhielt seine volle Souveränität zurück. Auf Ruba folgten die Philippinen, etwas später Haiti, und nun soll das letzte Beutestück aus dem spanisch-amerikanischen Kriege Porto Rico seine volle Freiheit erhalten. Es ist die kleine fruchtbare, tropische zu den Antillen gehörende Republik, die 1898 von den Spaniern an die USA abgetreten wurde und seitdem in einer gewissen pseudo-politischen Abhängigkeit von Washington erhalten worden ist. Es ist jetzt dem amerikanischen Senate eine Vorlage zugegangen, die die Freigabe der Antillenrepublik unter denselben Bedingungen, wie man sie bei den Philippinen vorsieht, und auch mit denselben Bedingungen „belastet“. Diese neue Aktion ist zweifelsohne eine Folge der vielen schweren Unruhen auf Porto Rico mit ihrem großen farbigen Völkermischmaß und sie kommt Washington ganz zweifellos gerade jetzt sehr gelegen, um Süd- und Mittelamerika gegenüber erneut seine freundschaftlichen Absichten zu beweisen. Man darf aber nicht vergessen, daß Iberoamerika mehrere solcher Verzichtsperioden der Union kennt und die Erfahrung machen mußte, daß mit der Aufgabe des Protektorate nicht immer auch die Aufhebung der Flottenstationen der USA verbunden ist. Daher muß es Roosevelt zur Durchsetzung seiner panamerikanischen Friedenspläne sehr darauf ankommen, jedes Mißtrauen zu bannen.

Wenn der erste Roosevelt die Monroe-Doktrin vor allem ansah als einen Schutz des amerikanischen Bodens gegen fremde Eroberungsgelüste, so will jetzt der zweite Roosevelt aus wirtschaftlichen und auch aus innerpolitischen Gründen das Diktum der Bevormundung Iberoamerikas durch die USA endgültig ausschalten, indem er versucht, durch einen Pakt die Solidarität aller Staaten des amerikanischen Kontinentes als besten Garanten für ihre Sicherheit zu schaffen.

In allen iberoamerikanischen Republiken ist eine starke Stimmung für eine solche amerikanische Völkervereinigung vorhanden und für ein System, das die Sicherheit der Staaten besser garantieren kann als die bisherigen weltumspannenden Pakte. Aus Äußerungen der führenden lateinamerikanischen Staatsmänner geht hervor, daß überall die Meinung vorherrscht, daß man den USA die Sicherheit des Panamakanals garantieren müsse und, daß falls einmal eine Attade von der atlantischen oder pazifischen

Die Schlußtag des Sozialen Parteitages am Montag schloß mit der einstimmigen Verabschiedung einer Entschließung, in der als politisches Ziel bezeichnet wird: Zerschlagung des Faschismus, Verteidigung der öffentlichen Freiheiten, Kampf gegen die Herrschaft der Banken und der Industriellen, Schaffung der Arbeitslosigkeit, Wiederbelebung der Wirtschaft, Wiederherstellung der republikanischen Gesinnung in der Verwaltung, Demokratisierung des Heeres, Verkürzung der Militärdienstzeit, und schließlich die Forderung, daß Frankreich an der Spitze der Nationen stehen soll, die entschlossen für den Frieden eintreten.

Die Entschließung bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß nach Zurücklegung der gegen-

ur
nie
Sh
dir
Au
der
wi

öf
ru
Bu
m
di
lit
Ge

Seite her gegen die USA erfolgen würde, die alte Monroe-Doktrin wieder Anwendung zu finden habe, gleichgültig der sich daraus ergebenden Folgen. Dies ist auch der immer wiederkehrende Grundgedanke aller Vorschläge, die dem zur Vorbereitung der Konferenz in Washington tagendem Ausschuss eingereicht wurden, und die jetzt in einem Arbeitsprogramm niedergelegt sind.

Der nordamerikanische Vorschlag hat es sich nicht vermeiden, sich auf eine bestimmte Formel festzulegen, er sieht eine dreifache Möglichkeit vor: Ratifizierung aller bisher noch nicht allgemein gültigen Verträge, Ergänzung der bisherigen Abkommen nach dem Gesichtspunkt praktischer Bedürfnisse und Schaffung zusätzlicher Friedenssicherungen.

Der Vorschlag des Präsidenten Ubico von Guatemala sieht ein „Institut der Friedenssicherung“ vor und den Abschluß eines gegenseitigen Beistandspaktes gegen fremdländische Angreifer. Er tritt ferner für die Gründung eines panamerikanischen Gerichtshofes nach Haager Muster ein.

Ganz allgemein herrscht starke Stimmung für einen Völkerbund der Neuen Welt. Kolumbien und die Dominikanische Republik schlagen ihn vor, und auch die übrigen iberoamerikanischen Staaten sprechen sich für weitgehende Bindungen zwischen den Republiken des amerikanischen Kontinentes aus. So hat Argentinien z. B. dem vorbereitenden Komitee einen Plan vorgelegt, der die Errichtung einer panamerikanischen Kommission vorsieht, die die Vollmacht haben soll, ohne vorbereitende Verhandlungen mit den Signatarmächten kriegerische Maßnahmen zu treffen. Dieser Kommission soll ferner das Recht übertragen wer-

den, eine internationale Polizei zu organisieren und im Notfall auch von feindlichen Truppen besetzte Gebiete zu säubern. Argentinien hat darüber hinaus auch den Vorschlag gemacht, gegen eventuelle Verleger des Kellogg-Paktes oder der neuen interamerikanischen Friedensverträge wirtschaftliche Sanktionen zu ergreifen.

Durch einen Bund der Völker von Amerika hofft man, auch in der Weltpolitik ein stärkeres Gewicht als bisher zu erhalten. Besonders symptomatisch für dieses Streben ist der Vorschlag Kolumbiens, „die amerikanischen Republiken sollten eine gemeinsame Politik machen und versuchen, Frieden zu schaffen und in den Räten und Versammlungen der Weltpolitik, in denen sie bisher eine untergeordnete Rolle spielten, mehr Einfluß zu erlangen.“ Es ist klar, mit „Räten und Versammlungen der Weltpolitik“ ist der Völkerbund gemeint, dem ein großer Teil der iberoamerikanischen Republiken ebenso wenig wie die USA angehört.

Der amerikanische Plan beschäftigt sich dann ferner noch mit dem Neutralitätsproblem und vor allem mit wirtschaftlichen Fragen. Hier soll eine übereinstimmende Regelung durchgesetzt werden sowohl in der Frage der Lieferung von Kriegsmaterial für einen außeramerikanischen Krieg, sowie in Fragen der Zölle und Wirtschaftspolitik. Der Zollstreit zwischen amerikanischen Staaten soll in Zukunft vermieden werden, ebenso wie jede Diskriminierung eines amerikanischen Landes durch ein anderes. Daß die USA versuchen, diese Probleme in den Vordergrund zu stellen, liegt daran, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd, obwohl sie sich gebessert haben, doch noch immer viel zu wünschen übrig lassen. Die Sicherung eines pan-

amerikanischen Wirtschaftsfriedens erscheint daher ebenso wichtig wie ein Nichtangriffspakt. Alle diese Einzelvorschläge decken sich auch mit den Wünschen Italiens, Argentiniens und Chiles, die darauf hinauslaufen, der bestehenden Monroe-Doktrin eine multilaterale Erklärung zu geben, die zu einem Grundlag aller lateinamerikanischen Staaten werden soll. Nordamerika müßte dann also in Zukunft mit Iberoamerika für die Aufrechterhaltung dieser Doktrin zusammenstehen.

Im Zusammenhang mit diesen weitausgehenden Plänen gewinnt auch der für Anfang Juni geplante Staatsbesuch Roosevelts in dem Dominion Kanada erhöhte Bedeutung. Es ist das erste Mal, daß ein nordamerikanischer Regierungschef dem britischen Generalgouverneur und dem kanadischen Ministerpräsidenten einen Besuch abstattet. Er soll dazu dienen, auch nach außen hin den Frieden zu dokumentieren, in dem beide Staaten miteinander leben und vor allem eine wirtschaftliche Aussprache über alle die Fragen herbeizuführen, die sich aus dem jetzt in Kraft getretenen kanadisch-amerikanischen Handelsvertrage ergeben. Darüber hinaus aber wird Roosevelt die kanadischen Staatsmänner aber auch für die gesamtamerikanischen Fragen zu interessieren versuchen, die sich ja letzten Endes immer um eine gemeinsame Abwehr gegen außeramerikanische Einwirkungen drehen. Gerade mit Rücksicht auf die begehrlichen Augen der Sowjetunion, die noch immer auf Alaska gerichtet sind, erscheinen die Bemühungen Roosevelts in diesem Sinne nicht ausichtslos, und wie man aus Ottawa bereits hört, wird Kanada zumindest einen Beobachter zur panamerikanischen Friedenskonferenz entsenden.

die Welt 3 jüni 1936

nich 3